

gen Beiträge höchst interessant, die die Bedingungen herausarbeiten, unter denen den norditalienischen Alpenregionen der Anschluss an den Landesdurchschnitt im Ergebnis lokaler und zentralstaatlicher Anstrengungen gelang, was dem süditalienischen Mezzogiorno versagt blieb.

Die von der herrschenden neoliberalen Ideologie geprägte Auffassung, dass staatliche Einmischung wirtschaftliche Entwicklung hemmt, wird von mehreren Autoren mit ihren Untersuchungen in Frage gestellt. Polen und Jugoslawien z. B. konnten auf planwirtschaftlicher Grundlage bei der Beseitigung der Kriegszerstörungen und der anschließenden Industrialisierung des Landes beachtliche Erfolge verzeichnen. Die empirischen Untersuchungen stellen darüber hinaus die immer wieder behauptete stringente ordnungspolitische Gegensätzlichkeit zwischen Ost- und Westeuropa in der Nachkriegszeit in Frage. Jugoslawien schaffte ab 1952 die zentralstaatliche Planung sowjetischen Typs ab, ohne deswegen eine Marktwirtschaft westlichen Typs zu werden. Und sowohl für Österreich als auch für Italien und Spanien sind Wiederaufbau und Modernisierung der Wirtschaft ohne Berücksichtigung der staatlichen Regionalpolitik nicht denkbar. Bis zum Beginn der 1970er Jahre, stellt Zamagni fest, unterschieden sich die Ergebnisse des Wirtschaftens in West- und Osteuropa nicht signifikant, wenn dies auch in Osteuropa mit einem im Vergleich zum Westen deutlich geringeren, aber in etwa gleichem Tempo wie in Westeuropa steigenden Pro-Kopf-Einkommen bezahlt werden musste.

Im Hinblick auf wesentliche Fragen wie die Auswirkungen verschiedener wirtschaftlicher Regulierungssysteme, die Ef-

fizienz staatlicher Intervention und die Rolle der diese Eingriffe initiiierenden bzw. kontrollierenden (staatlichen) Institutionen ergeben sich im empirischen Vergleich interessante Ergebnisse. Es dürften Erkenntnisse dieser Art sein, die das Buch auch für denjenigen Leser, der nicht in erster Linie an der Wirtschaftsgeschichte der behandelten Länder bzw. Regionen interessiert sind, außerordentlich interessant machen. Er wird das einführende Kapitel von Andrea Bonoldi und Andrea Leonardi und die zusammenfassenden Schlussbemerkungen von Alberto Cova mit besonderem Interesse lesen. Er wird aber auch bedauern, dass es den Herausgebern nicht gelungen ist, über eine umfangreiche und aufschlussreiche Bibliographie hinaus dem Band ein Tabellenverzeichnis und ein Sachregister beizufügen. Der wissenschaftliche Gehalt der Beiträge hätte eine derartige Aufschlüsselung nach ökonomischen Sachkategorien durchaus verdient.

**Tobias Schulz: „Sozialistische Wissenschaft“. Die Berliner Humboldt-Universität (1960–1975) (= Zeithistorische Studien, Bd. 47), Köln: Böhlau Verlag 2010, 336 S.**

Rezensiert von  
Ulrike Breitsprecher, Leipzig

Mit seiner Darstellung der Geschichte der Berliner Universität 1960–1975 leistet Tobias Schulz einen wichtigen Beitrag zur Erforschung der Humboldt-Univer-

sität zu Berlin sowie zur Wissenschaftsgeschichte der DDR im Allgemeinen. Auch wenn der Autor den Zeitrahmen auf die 1960er und frühen 1970er Jahre beschränkt, kann das Buch als Grundlage für die weitere Geschichte der Humboldt-Universität gesehen werden. Das zeitliche Ende begründet Schulz mit der Umsetzung der 3. Hochschulreform und der damit einhergehenden Herstellung von Grundlagen für die Entwicklung einer „Sozialistischen Hochschule“ in der DDR. Warum Schulz in seinem Titel das Jahr 1960 als Beginn seiner Untersuchung datiert, bleibt offen, denn aufgrund seiner gründlichen Herleitung und Kontextualisierung hätte er auch die Neugründung der Universität (1946) nennen können. Zur frühen Wissenschaftsgeschichte der DDR liegen bereits mehrere Forschungen als Monografien und eine große Zahl von Artikeln zum Beispiel von Ralph Jessen oder John Connelly über die ostdeutschen Universitäten vor. Diese beschäftigen sich natürlich meist auch direkt und indirekt mit der Humboldt-Universität, da diese durch ihren Platz in der Hauptstadt, ihre Größe und ihre lange wissenschaftliche Tradition eine besondere Rolle spielte. Schulz bietet allerdings durch eine Fokussierung auf die Hauptstadt-Universität und tiefer bohrende Quellenrecherchen erheblichen Zusatznutzen. Er macht deutlich, dass die Humboldt-Universität auch eine Vorbildfunktion für die anderen DDR-Hochschulen haben sollte. Die Fokussierung ermöglicht es, dem Leser ein Bild über die strukturellen Veränderungen an der Humboldt-Universität zu bekommen, ohne den Gesamtkontext und geschichtlichen Vorlauf, die Beziehung zu anderen Hochschulen und

die Rivalität mit Westberlin und Westdeutschland aus den Augen zu verlieren. Tobias Schulz beschränkt sich nicht auf die Veränderungen der Strukturen und das Verhalten der leitenden Personen, sondern er bemüht sich um eine weit komplexere Analyse der Beziehungen zwischen Universität, staatlichen Stellen und der SED. Dafür ist die Humboldt-Universität schon aufgrund der räumlichen Nähe aller Instanzen, die in die 3. Hochschulreform eingriffen, ein hervorragendes Beispiel. Da die DDR-Führung sehr stark auf die Forschung und Technik der Universitäten angewiesen war, bestand kein einseitiges Machtverhältnis zwischen der Partei und den Hochschulen, sondern es lassen sich „Grenzen der Diktatur“ aufzeigen. Schulz weist nach, dass die Hochschul- und Wissenschaftspolitik an vielen Stellen Ambivalenzen aufwies und es nicht gelang, eine völlige Kontrolle und Steuerung des Universitätsbetriebes zu erreichen. Der Autor spricht von einer neuen „Form des Arrangements zwischen dem universitären Raum und den politischen Vorgaben seitens der SED“ (S. 13). Die von der DDR-Regierung angestrebte und dringend für die Wirtschaft benötigte Modernisierung konnte allein mit der Durchsetzung eines Primats der Politik nicht zur Zufriedenheit der staatlichen Stellen umgesetzt werden. Hieraus ergab sich eine aktive Rolle der Universität, auch wenn der Begriff der Freiräume dafür wohl irreführend wäre. Die große Stärke der Arbeit von Tobias Schulz ist die gründliche Quellenforschung. Er stützt sich insbesondere auf Dokumente aus dem Rektorat der Humboldt-Universität und aus dem Staatssekretariat/ Ministerium für das Hoch- und Fachschulwesen sowie aus der ZK-Ab-

teilung für Wissenschaft, mit deren Hilfe die SED den Hochschulsektor zu kontrollieren und zu steuern versuchte. Durch eine Vielzahl von ausführlichen Zitaten belegt Schulz seine Hypothesen und macht gleichzeitig seine Arbeit ebenso anschaulich wie nachvollziehbar. Schulz behandelt die gesellschaftlichen Veränderungen im Bereich der Wissenschaftspolitik und die strukturellen Veränderungen an den Universitäten selber als einerseits getrennte und andererseits aufeinander bezogene Prozesse. Der erste große Teil des Buches beschäftigt sich ausschließlich mit den Jahren 1945–1960. Um die ganze Universitätsgeschichte der folgenden Jahre verstehen zu können, ist diese gründliche Einführung zweifellos notwendig, da gerade in der Nachkriegszeit wichtige Grundlagen geschaffen und Diskussionen geführt wurden. Zum Beispiel war die Einführung der Arbeiter- und Bauern Fakultäten mit dem Versuch verbunden neuen gesellschaftlichen Schichten einen Zugang zum Hochschulabschluss zu ermöglichen und gleichzeitig die alten Eliten zurück zu drängen bzw. zu marginalisieren. Es gelingt Schulz sehr gut, die strukturellen Veränderungen in der Nachkriegszeit zu beschreiben, ohne die Fragestellung nach den politischen Prämissen der SED-Regierung aus den Augen zu verlieren. Der Versuch, die lange Tradition der Humboldt-Universität, die als bürgerlich und elitär galt, zu brechen und ein neues „sozialistisches“ Hochschulwesen zu kreieren, war zentraler Bestandteil der Wissenschaftspolitik. Dazu kamen die Bemühungen, die Hochschulen für die ökonomische Entwicklung des Landes besser nutzbar zu machen. Die DDR-Führung war bestrebt, die Gesellschaft zu verwissenschaftlichen

und die Ökonomie über Pläne kontrollieren zu können. An dieser Stelle spielten die Hochschulen wieder eine bedeutende Rolle, da sie gerade in den naturwissenschaftlichen und technischen Bereichen Lösungen für den wirtschaftlichen Aufschwung garantieren sollten. Schulz bedient sich vieler Quellen aus dem Parteiapparat, um die Debatten und die sich ständig verändernden Maßgaben plastisch darzustellen. Naturgemäß spielen die politischen Ereignisse, die das gesellschaftliche Klima in der DDR bestimmten, eine gleichermaßen bedeutsame Rolle. So beschreibt Schulz die Wahrnehmungen und Konsequenzen, die sich aus dem „Prager Frühling“ ergaben, um die Grenzen der Herrschaft zu erkennen bzw. die Punkte zu benennen, an welchen die DDR-Regierung Kompromisse eingehen musste. Dabei erscheint die Humboldt-Universität keineswegs als konkurrierender Widerpart in einem Arrangement mit der Politik. Die Leitungsebene der Humboldt-Universität erhob gegen die Wissenschaftspolitik der SED und ihrer Gremien keinen grundsätzlichen Einspruch. Dieses Bild passt auch zu den Vermutungen anderer Historiker, welche die Hochschulangehörigen insgesamt als überdurchschnittlich systemkonform beschreiben. Die Humboldt-Universität lehnte sich tatsächlich nicht gegen die Pläne der SED auf, versuchte vielmehr ihre Interessen innerhalb des gesellschaftlichen Arrangements zur Geltung zu bringen. Das Buch verbleibt dabei auf der Ebene der Gesamtinstitution bzw. ihrer leitenden Repräsentanten und leistet keine detaillierte Analyse der Professoren und des akademischen Mittelbaus der Humboldt-Universität. Offen bleibt damit die Frage, wie die einzelnen Hochschullehrer auf die Ver-

änderungen nach der 3. Hochschulreform reagiert haben, und zum anderen inwieweit sich Modernisierungs- und Professionalisierungstendenzen in den Lebensläufen und Karrieren ausgewirkt haben. Die veränderte Sozialstruktur der Lehrenden lässt sich anhand der Personalpolitik der 1940er und 1950er Jahre erahnen, jedoch gibt Schulz für seinen Untersuchungszeitraum in Bezug auf die Akteure und die Professionalisierungstendenzen in den einzelnen Disziplinen nur wenige Einblicke. Schulz beschreibt zwar die Bemühungen und Veränderungen im Bereich des marxistisch-leninistischen Studiums für alle Studierenden, welches sich bald auch auf die Lehrenden ausweitete, jedoch wäre die Betrachtung der Veränderungen anderer Lehrinhalte auch interessant gewesen. Die Frage nach einer sich durchsetzenden „sozialistischen“ Universität schließt die Frage nach einem „sozialistischen“ Hochschullehrer ein. Diese Leerstelle ist natürlich der eher wissenschaftspolitisch ausgerichteten Fragestellung der Arbeit geschuldet, und eine genauere Untersuchung des Hochschullehrers „neuen Typus“ hätte wohl auch den zeitlichen Rahmen einer Dissertation gesprengt. So schafft Schulz mit seiner Studie die Grundlagen für weiterführende Forschungen, die das Gesamtbild der Humboldt-Universität besser erfassen helfen sollten. Insgesamt kann Tobias Schulz seine Hypothese bestätigen. Er zeigt am Beispiel der Humboldt-Universität, dass sowohl die Politik der SED als auch die „Anforderungen der sich herausbildenden modernen wissenschaftsbasierten Industriegesellschaft und die institutionelle Eigenlogik des spezifischen Raums Universität“ (S. 295f.) zu den Veränderungen zur „sozialistischen“ Uni-

versität führten. Die traditionellen Strukturen der Universität wurden dahingehend verändert, dass sich der Machtbereich der SED vergrößerte. Es kam zu grundlegenden Strukturveränderungen, welche die traditionell eigenständige Stellung der Universität stark einschränkte, aber letztendlich nicht auflöste. Zudem agierte die Wissenschaftspolitik der DDR im Bereich Wissenschaft immer auch nach ökonomischen Prämissen, d. h. die Wissenschafts- und die Wirtschaftsreformen waren nicht getrennt denkbar, sondern hingen untrennbar zusammen. Der Plan, nach dem Industrie und Universität direkt zusammenarbeiten sollten, erzeugte allerdings noch lange nicht die erwünschten Effizienzgewinne. Die Ambivalenz von Modernisierung und Ideologisierung ist auch und gerade in der Vorbereitung und Durchsetzung der 3. Hochschulreform deutlich zu erkennen. Ideologisierung meint hier nicht nur die politischen Vorstellungen der SED, sondern auch die marxistisch-leninistische Schulung der Studierenden und Lehrenden sowie eine zunehmende Militarisierung der Universität. Schulz kommt zu dem Schluss, dass die Universität und die Politik ein Arrangement schufen, in dem beide Seiten Kompromisse eingehen mussten und dennoch eigene Interessen durchsetzen konnten. Die Grundstruktur der Universität blieb erhalten und stellte ab Mitte der 1970er Jahre ein „stabiles Hybrid“ (S. 302) dar, welches bis zum Ende der DDR bestehen blieb und nicht mehr fähig war, dynamisch auf neue gesellschaftliche Situationen zu reagieren, weshalb es auf der Leitungsebene auch 1989 keine oppositionelles Potential hervorbringen konnte.

Insgesamt ist die Arbeit von Tobias Schulz als sehr gut gelungen zu bezeichnen, denn Detailbeschreibung und Kontextualisierung helfen dem Leser, ein einprägsames Bild von der Komplexität der Konfiguration zu gewinnen. Die Wechsel von einer allgemeinen wissenschaftspolitischen

Ebene zur Fallstudie Humboldt-Universität und zurück sind nachvollziehbar und hilfreich zur Erfassung des Gegenstandes. Nicht nur die gesellschaftlich-politische Einbettung des Themas, sondern auch der Vergleich mit anderen Hochschulen in der DDR, aber insbesondere mit der Freien